

Antrag

der Abgeordneten Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Claudia Roth (Augsburg), Omid Nouripour, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Kai Gehring, Dr. Tobias Lindner, Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin, Katja Keul, Agnieszka Brugger, Dr. Frithjof Schmidt, Luise Amtsberg, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Erhard Grundl, Anja Hajduk, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Irene Mihalic, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Tabea Rößner, Corinna Rüffer, Margit Stumpp, Dr. Konstantin von Notz, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Friedensarbeit und zivile Krisenprävention während der COVID-19-Pandemie stärken, Abwärtsspirale verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Frieden ist ein zerbrechliches Gut. Viel Arbeit und Zeit ist nötig, um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren und divergierende Interessen auf friedliche Art und Weise in Einklang zu bringen. Deshalb braucht es den finanziellen und personellen Ausbau der Friedensarbeit sowie eine rasche und konsequente Umsetzung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017.

Doch die COVID-19-Pandemie trifft derzeit auch die Friedensarbeit sehr stark. Laut dem aktuellen Global Peace Index ist die Friedensbereitschaft weltweit im zwölften Jahr in Folge gesunken (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/global-peace-index-frieden-bedroht-verschlechterung-bericht-zivile-unruhen). Die Friedensarbeit beruht in erheblichem Maße auf dem persönlichen Austausch und dem direkten Kontakt zwischen Menschen. Die COVID-19-Pandemie stellt friedenspolitische Bemühungen vor ungekannte Herausforderungen, sowohl seitens der Regierungen, der Konfliktparteien, aber vor allem seitens der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich vor Ort um eine friedliche Bearbeitung von Konflikten und Gewalt bemühen. Die durch die Eindämmungsstrategien hervorgerufenen dramatischen Veränderungen bergen ein hohes Risiko der gewaltsamen Eskalation; dies muss frühzeitig verhindert werden, um Menschenleben zu retten und eine Spirale der Gewalt zu verhindern.

Die weltweite Pandemie braucht auch eine weltweite friedenspolitische Antwort. Der Aufruf des UN-Generalsekretärs António Guterres für einen Globalen Waffenstillstand am 23. März 2020 ist ein guter erster Schritt (<https://unric.org/de/guterres-aufruf-zu-einem-globalen-waffenstillstand/>). Die weitreichenden negativen Auswirkungen dieser multidimensionalen Krise für die zivile Krisenprävention bergen jedoch viele weitere Gefahren, auf die Deutschland als Teil der internationalen Gemeinschaft zügig und engagiert reagieren muss. Auch das diesjährige Friedensgutachten nimmt die Auswirkungen der Pandemie auf die Friedenspolitik in den Blick und mahnt eine bessere

Kooperation sowie einen Ausbau der Anstrengungen im Bereich der Friedensförderung und Konfliktbewältigung an, sowohl seitens der Bundesregierung als auch seitens der Europäischen Union (<https://friedensgutachten.de/>). Auch der Beirat der Bundesregierung für Zivile Krisenprävention und Friedensförderung appelliert in seiner Stellungnahme für eine Verbesserung der Frühwarnung, verbesserte Kohärenz, die Stärkung vulnerabler Gruppen und den Ausbau multilateraler Instrumente für die Krisenprävention (<https://peacelab.blog/uploads/2020-06-10-Stellungnahme-Covid-19-Beirat-Zivile-Krisenpr%C3%A4vention.pdf>).

Die Interdependenz der verschiedenen negativen Folgen und Effekte, die sich aufgrund der Pandemie nun ergeben, ist brisant und gibt Anlass zu großer Sorge. Zum einen ist die friedensfördernde Arbeit vor Ort derzeit stark erschwert. Ausgangsbeschränkungen, Einreiseverbote, physische Distanzgebote und die Erkrankung von Personal und Angehörigen der Zielgruppe erfordern außergewöhnliche Anstrengungen, um Friedensprojekte und krisenpräventive Maßnahmen fortzusetzen. Nur bedingt können Versöhnungsarbeit, Wahrheitskommissionen, Friedensmediation und andere Maßnahmen auf virtuelle Plattformen ausweichen (www.forumzfd.de/de/corona-pandemie-herausforderungen-fuer-die-friedensarbeit-des-forumzfd). Das liegt unter anderem an der fehlenden oder nicht ausreichenden digitalen Infrastruktur. Viel entscheidender als eine solche Infrastruktur ist jedoch der persönliche und vertrauensvolle Austausch, der im digitalen Raum nicht adäquat ersetzt werden kann.

Für viele der deutschen und internationalen Organisationen, aber auch ihre lokalen Partner, die in diesem Bereich engagiert sind, bedeuten die finanziellen Einbußen, dass sie um ihre Existenz fürchten müssen. Das finanzielle Risiko, das durch den veränderten Ablauf und Inhalt von bewilligten Projekten nun entsteht, müssen die Organisationen derzeit komplett alleine tragen. Beispielsweise fallen Mehrkosten für die Anschaffung von digitalen Hilfsmitteln an, aber auch für Stornierungsgebühren, die Rückholung von Personal usw. Gleichzeitig dürfen gemeinnützige Organisationen keine Rücklagen bilden und können somit nicht auf ein finanzielles Polster zurückgreifen. Auch brechen Einnahmen und Spendengelder in großem Stil weg (www.zeit.de/2020/16/gemeinnuetzige-organisationen-corona-krise-finanzierung).

All dies bedeutet, dass die Projekte einer ungewissen Zukunft entgegensehen, ihre teilweise jahrzehntelange Arbeit gefährdet ist und enorme Rückschläge drohen. Diese Organisationen und Projekte brauchen nun dringend friedenspolitische Überlebenshilfe.

Zum anderen nutzen einige Regierungen die derzeitigen Veränderungen, um repressive Maßnahmen unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung zu etablieren und die Überwachungskompetenzen der Sicherheitsorgane auszubauen sowie um unliebsame Bevölkerungsgruppen noch stärker einzuschränken. Auch in Europa erleben wir diese besorgniserregende Entwicklung, beispielsweise in Ungarn. In einigen Staaten wurde das Militär für die Durchsetzung der Einschränkungen eingesetzt, das oftmals brutal gegen die Zivilbevölkerung vorgeht (www.voanews.com/covid-19-pandemic/militaries-enforce-coronavirus-quarantine-experts-warn-escalating-violence).

Der unsichere Frieden in vielen Ländern wird zudem von ausfallenden oder verschobenen Wahlen bedroht (<https://foreignpolicy.com/2020/05/22/coronavirus-elections-postponed-rescheduled-covid-vote/>). In Äthiopien, einem Land, das in den letzten Jahren eher für positive Nachrichten gesorgt hat, wurde beispielsweise die geplante Wahl verschoben und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wieder eingeschränkt (www.hrw.org/news/2020/05/06/ethiopia-free-speech-risk-amid-covid-19; <https://freedomhouse.org/article/sadc-restrictive-covid-19-regulations-presenting-concerning-ramifications-enjoyment-human>). In vielen Ländern werden Journalistinnen und Journalisten sowie freie Medien eingeschränkt, beispielsweise in Simbabwe, Tansania, Guinea-Bissau und Südafrika (www.dw.com/de/corona-krise-in-afrika-stresstest-fuer-die-pressefreiheit/a-53040096). Diese im Schatten der anlässlich der Pandemie eingeführten Maßnahmen sind starke Konfliktmultiplikatoren und stellen langfristige Ge-

fahren für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte, insbesondere für Demokratisierungsprozesse von Postkonflikt-Staaten, dar. Sie bedrohen damit die Zukunft der gesamten Bevölkerung und werden auch Auswirkungen auf die Zeit nach der Pandemie haben. Darum braucht es einen Fokus auf diese Prozesse auch während der aktuellen Ausnahmesituation.

Hinzu kommt, dass geschlossene Grenzen den Druck auf bedrohte Bevölkerungsgruppen verschärfen, so wie es zum Beispiel in den umkämpften Gebieten in der anglophonen Region in Kamerun der Fall ist, von der Menschen ins Nachbarland Nigeria flüchten wollen, um sich zunächst vor den direkten Kampfhandlungen in Sicherheit zu bringen. Ähnlich verschärft sich die Situation für fliehende Rohingya aus Myanmar, die vor den geschlossenen Grenzen Bangladeschs stehen (www.hrw.org/news/2020/04/25/bangladesh-rohingya-refugees-stranded-sea).

Pandemiebekämpfungsmaßnahmen führen außerdem vielerorts dazu, dass staatliche Akteure in ohnehin schon fragilen Regionen noch weniger Präsenz zeigen oder sich gänzlich zurückziehen. Von diesem Vakuum profitieren nichtstaatliche Gewaltakteure, wie beispielsweise terroristische Gruppen in der Sahelzone (<https://icct.nl/publication/the-impact-of-coronavirus-on-terrorism-in-the-sahel/>), oder die Organisierte Kriminalität, wie zum Beispiel in Südafrika, Mexiko oder Brasilien (www.deutschlandfunk.de/gangs-verteilen-lebensmittel-in-kapstadt-wenn-der.799.de.html?dram:article_id=477719; www.nzz.ch/international/corona-virus-rios-gangs-verhaengen-ausgangssperre-ld.1548323; www.sueddeutsche.de/panorama/mexiko-drogenkrieg-corona-coronavirus-hilfe-1.4884394).

Eine weitere große Herausforderung ist der erschwerte Zugang von vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu humanitärer Hilfe. Die humanitären Organisationen haben aufgrund der geschlossenen Grenzen und der unterbrochenen Lieferketten ebenfalls große Probleme, ihre Dienstleistungen und Güter an die Hilfsbedürftigen zu bringen (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/humanitaere-hilfe/huhi-covid-19/2329632). Dies trägt ebenfalls zu einer Abwärtsspirale aus Armut, Gewalt, fehlender Bildung, schlechter Gesundheitsversorgung, Zerstörung der Umwelt, Klimakrise, schlechter Regierungsführung, Korruption usw. bei.

In diesem Zusammenhang ist es außerdem wichtig, Traumabearbeitung und psychosoziale Unterstützung weiter auszubauen. Viele bereits traumatisierte Menschen werden durch die aktuelle Krise zusätzlich belastet. Einige Organisationen bieten Übergangsweise digitale Unterstützung an (<https://ipsocontext.org/news-media/news/news-1/>). Dies gilt es jetzt auszubauen.

Vor allem der zunehmende Hunger kann ein wesentlicher Konfliktmultiplikator sein und somit eine Bedrohung für Sicherheit und Frieden darstellen. Das Welternährungsprogramm schätzt, dass sich aufgrund der Corona-Krise und den Maßnahmen zu ihrer Bewältigung in diesem Jahr die Anzahl der Menschen, die in akuter Nahrungsmittelsicherheit leben, von 135 auf 265 Millionen verdoppeln wird (https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000114546/download/?_ga=2.90065563.1666343220.1590419946-1357817010.1590419946). Die Zahl der Menschen, die Gefahr laufen zu verhungern, könnte sich ebenfalls verdoppeln, von neun auf 18 Millionen (www.npr.org/sections/coronavirus-live-updates/2020/05/05/850470436/u-n-warns-number-of-people-starving-to-death-could-double-amid-pandemic?t=1588881390346&t=1590420325392). Vor diesem Hintergrund ist es einerseits wichtig, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und der Bewältigung der Folgen kontextspezifisch zu gestalten und sämtliche Faktoren in die Risikoanalyse miteinzubeziehen; andererseits muss die humanitäre Hilfe zur Linderung der negativen Folgen der Pandemie so gestaltet werden, dass sie Ungleichheit und gesellschaftliche Konfliktlinien nicht weiter stärkt, sondern zu erhöhtem gesellschaftlichen Zusammenhalt und lokaler Resilienz beiträgt. Die zu erwartenden Konflikte aufgrund von Nahrungsmittel- und Ressourcenknappheit unterstreichen die Notwendigkeit, im aktuellen Kontext Krisenprävention und Friedensförderung noch mehr als bisher zu fördern und Maßnahmen gut mit der humanitären Hilfe sowie der Entwicklungszusammenarbeit

zu verzahnen.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik. Sie leistet einen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte, die für eine friedliche Austragung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen unabdingbar sind. Doch auch hier sind derzeit deutsche Bemühungen erschwert oder ganz unmöglich, weil Veranstaltungen abgesagt werden müssen und Auslandsbüros geschlossen sind.

Diejenigen, die von all diesen Veränderungen und Herausforderungen besonders betroffen sind, sind Frauen und Mädchen, sowohl aufgrund ihrer häufigen gesellschaftlichen Doppelbelastung als Betreuerinnen des Haushalts als auch aufgrund der Pflege von Angehörigen. Sie sind besonders häufig im informellen Sektor tätig oder haben unsichere, schlecht bezahlte Jobs. UN Women schätzt, dass etwa 89% der Frauen in Subsahara-Afrika und bis zu 95% in Südasien im informellen Sektor arbeiten (www.unwomen.org/en/news/in-focus/csw61/women-in-informal-economy). Ein Großteil der Beschäftigten im Gesundheitssektor sind Frauen, so dass die Belastungen durch die Corona-Krise für sie besonders zu spüren sind.

Auch die häusliche und sexualisierte Gewalt nimmt seit Beginn der COVID-19-Pandemie weltweit dramatisch zu (www.nytimes.com/2020/04/06/world/coronavirus-domestic-violence.html). Ein trauriges Beispiel ist Mexiko, wo im April 2020 ein Höchststand an Femiziden verzeichnet wurde (www.nzz.ch/international/zahl-ermordeter-frauen-in-mexiko-erreicht-im-april-neuen-hoehchststand-ld.1558179). Wichtig ist, die positive Auswirkung von einer Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen für dauerhaften Frieden nun mehr denn je in der deutschen internationalen Zusammenarbeit zu betonen. Es muss verhindert werden, dass die Beteiligung von Frauen aufgrund der aktuellen Einschränkungen sinkt. Stattdessen sollte die Krise aktiv genutzt werden, sich dafür einzusetzen, dass Frauen die Pandemiebewältigung gerecht und aktiv mitgestalten und in diesem Zuge auch in der Friedensarbeit vermehrt beteiligt sind. Außerdem müssen die Rechte von Frauen sowie ihr Zugang zu Ressourcen über die Bewältigung der aktuellen Krise hinaus massiv gestärkt werden.

Auch die Gewalt an Kindern nimmt weltweit zu, Außerdem werden vermehrt Hassverbrechen gegen LGBTQ beobachtet (www.ohchr.org/documents/Issues/LGBT/LGBTpeople.pdf)

Die Corona-Krise wird ebenfalls gravierende Auswirkungen auf junge Menschen haben. Nach Angaben der ILO haben frühere Untersuchungen über Wirtschaftsabschwünge gezeigt, dass junge Menschen von Rezessionen stärker betroffen sind als ältere Arbeitnehmende (www.ilo.org/global/about-the-ilo/multimedia/video/institutional-videos/WCMS_741948/lang--en/index.htm). Zudem wird bereits zu Beginn der Corona-Krise deutlich, dass sich staatliche Repressionen und überzogene Sicherheitsmaßnahmen unverhältnismäßig oft gegen junge Menschen richten (www.acCORD.org.za/analysis/assessing-the-impact-of-Covid-19-on-young-people/). Aus diesen Gründen ist es besonders wichtig, junge Menschen aktiv als wichtige Akteure für einen positiven Wandel im Bereich der Friedensarbeit und Krisenprävention einzubinden und zu fördern und gleichzeitig Regierungen zu verurteilen, die sie undifferenziert als eine Bedrohung darstellen, um Repressionen zu rechtfertigen. Da diese Krise eine klare generationsübergreifende Dimension hat, muss die Jugend Teil der Lösung sein (www.un.org/development/desa/youth/news/2020/05/covid-19/).

Viele der oben genannten Probleme werden zusätzlich dadurch verschlimmert, dass in vielen Ländern Falschmeldungen, sogenannte Fake News, kursieren, teilweise aus Unwissenheit, teilweise aber auch absichtlich aus Profitgier oder politischen Motiven. Dieser oftmals fehlende Zugang zu glaubwürdigen Informationen ist dramatisch: Die Stimmung zwischen verfeindeten Gruppen kann leicht aufgeheizt werden, ohne dass es dafür faktische Gründe gibt (www.swissinfo.ch/eng/humanitarian-work_swiss-aid-groups-help-counter-fake-coronavirus-news/45705102). Mangelndes Vertrauen in offizielle Informationen über die COVID-19-Pandemie und ihre Bekämpfung kann die

gesundheitspolitischen Maßnahmen erschweren und zu neuen Konflikten führen, wie die Ebola-Krisen in Westafrika (2014 bis 2016) und der Demokratischen Republik Kongo (2019 bis heute) gezeigt haben (www.who.int/news-room/feature-stories/detail/ebola-then-and-now). Der Vertrauensverlust in die Politik droht durch die COVID-19-Pandemie in mehreren Ländern zu einem weiteren Bruch des Gesellschaftsvertrags zwischen dem jeweiligen Staat und seiner Bevölkerung zu führen und den gesellschaftlichen Frieden zu gefährden. Diese Gefahr besteht insbesondere in vielen von Konflikt betroffenen und fragilen Ländern, allerdings nicht ausschließlich. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass vertrauensbildende und gemeinschaftsfördernde Maßnahmen, die die Zivilgesellschaft und marginalisierte Gruppen miteinbeziehen, Teil der gesundheitspolitischen und aller anderer Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen werden. Sollte die COVID-19-Pandemie einseitig als eine Gesundheitskrise angesehen werden, die mit rein technischen Mitteln bewältigt werden kann, werden sowohl die gesundheitspolitischen Maßnahmen scheitern, als auch die Gefahr für gravierende Konflikte weiter steigen. Stattdessen muss die Förderung von Vertrauen in den Mittelpunkt jeglichen politischen Handelns gestellt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die lokale Bevölkerung Maßnahmen mitträgt und eine Eigenverantwortung – local ownership – dafür entwickelt (www.interpeace.org/wp-content/uploads/2020/03/Why_Local_ownership_matters-policy_note-21-Sept.pdf).

All dies zeigt, dass im Zuge der Bekämpfung der akuten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie keinesfalls vergessen werden darf, dass schwerwiegende mittel- und langfristige Konsequenzen im Bereich der Friedensarbeit und der zivilen Krisenprävention drohen. Die direkten und indirekten Konsequenzen der COVID-19-Pandemie sind die bisher größte Gefahr für das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), insbesondere Ziel 16 (die Förderung gerechter, friedlicher und inklusiver Gesellschaften). Gleichzeitig schreitet die Klimakrise ungehindert voran und stellt weiterhin eine enorme Gefahr für Frieden und Menschenrechte weltweit dar. Sie trägt als Konfliktmultiplikator zu gewaltsamen Konflikten bei und ist gerade auch in Kombinationen mit den Auswirkungen der Coronakrise eine gefährliche Mischung. Deshalb muss nun schnellstmöglich gegengesteuert sowie für einen inklusiven, friedlichen Aufbau für die Zeit nach der Pandemie gesorgt werden, um eine durch die negativen Effekte der Pandemie drohende Abwärtsspirale zu verhindern. Gleichzeitig müssen bereits jetzt Maßnahmen zur Krisenprävention getroffen werden, um zu erwartenden gewaltsamen Auseinandersetzungen, die durch die COVID-19-Pandemie verursacht oder begünstigt werden, vorzubeugen. Auch die kreativen Ideen, mit denen Organisationen nun auf die Herausforderungen reagieren, müssen flexibel unterstützt werden. Sie leisten unschätzbare Arbeit und vollbringen derzeit gerade durch einen hohen persönlichen Einsatz Enormes.

All dies bedeutet vor allem, dass derzeitige Pandemiebekämpfungsmaßnahmen und künftige Programme zur Bewältigung der Folgen so gestaltet werden müssen, dass sie Frieden fördern und Gewalt verhindern. Gerade im Sinne der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 muss die Bundesregierung nun ihre Bemühung im Bereich der Krisenprävention Konfliktbearbeitung ausbauen und dabei besonders auf die Kohärenz innerhalb der Bundesregierung achten. Nur so kommen wir dem Ziel eines gesellschaftlichen Friedens näher, der zum einen die Abwesenheit von Gewalt umfasst, aber vor allem auch die Abschaffung struktureller Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen und LGBTIQ und allen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung ermöglicht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zur Fortsetzung und Anpassung bereits bestehender Projekte und Maßnahmen im Bereich der Friedensförderung und zivilen Krisenprävention eine flexible und unbürokratische Finanzierung zu ermöglichen,

- a) um die Existenzbedrohung für die Organisationen sowie für die Projekte und Arbeitsstellen abzuwenden;
 - b) um den Organisationen zu erlauben, auf die Bedarfe und veränderten Bedingungen vor Ort individuell zu reagieren und unerwartete Ausgaben beispielsweise für sichere technische Ausstattungen und Kompetenzaufbau für digitales Arbeiten ebenfalls durch die bewilligten Gelder bestreiten zu dürfen;
 - c) um finanzielle Zusatzbelastungen wie beispielsweise durch Strafzinsen aufgrund verspäteter Verausgabung der Gelder zu verhindern;
 - d) um durch den Ausbau von Verpflichtungsermächtigungen langfristige Präventionsarbeit zu ermöglichen;
2. die finanzielle Förderung des Zivilen Friedensdiensts (ZFD) in einem ersten Schritt jährlich um 10 Mio. Euro zu erhöhen und bedarfsgerecht den kontinuierlichen Ausbau zu fördern;
 3. einen ressortgemeinsamen Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ aufzulegen und dazu den Titel „Ertüchtigung von Partnerstaaten“ im Einzelplan 60 umzuwidmen und eine ressortgemeinsame Bewirtschaftung der Mittel durch das AA, BMVg, BMZ und BMI zu gewährleisten, zu dessen Zweck die genannten Bundesministerien gleichermaßen 20 Mio. Euro aus ihren jeweiligen Etats einzahlen;
 4. die “Declaration of the Ministerial Coordination Group on COVID19 on maintaining essential global links” vom 18. April 2020 engagiert umzusetzen (<https://reliefweb.int/report/world/declaration-ministerial-coordination-group-covid19-maintaining-essential-global-links>), um eine bessere Kohärenz der verschiedenen multilateralen Akteure zu bewirken;
 5. das internationale Engagement im Bereich Frieden und Konfliktmanagement zu verbessern:
 - a) die Förderung von vertrauenswürdigen Informationskanälen auszubauen, geeignete Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu identifizieren und ihnen Ausstattung und Know-how zu vermitteln, da vertrauensbildende Maßnahmen den Kern jeglicher Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und friedensfördernder Initiativen darstellen, sowie gleichzeitig auch Schutz und die Sicherheit dieser Personen sicherzustellen;
 - b) den Kontakt zu lokalen Führungspersönlichkeiten auszubauen, um durch diese vertrauensbildenden Akteure in den Gemeinden passgenaue und bedarfsgerechte Unterstützung zu identifizieren und um Maßnahmen für die Stärkung der lokalen Resilienz bereitstellen zu können; hierbei sollte im Einklang mit den Resolutionen 1325 und 2250 des UN-Sicherheitsrates insbesondere die positive Rolle von Frauen und jungen Menschen unterstützt und gefördert werden, die diese bei der Bewältigung der multidimensionalen Krise leisten können;
 - c) Instrumente zur Erkennung und Analyse von bestehenden Kapazitäten, Eigenschaften und Ressourcen lokaler Akteure und Gemeinschaften zu entwickeln und zu fördern, um die Abhängigkeit von internationaler Hilfe zu reduzieren und die von der deutschen Bundesregierung unterstützten Kurs der nachhaltigen lokalen Eigenverantwortung und lokalen Führung voranzutreiben („local ownership“);
 - d) die Genderaspekte der bisherigen Tätigkeiten vor Ort gezielt in den Blick zu nehmen und bestehende Strukturen und Kapazitäten zu fördern, so dass mehr Gender-Expert*innen zur Verfügung stehen und bei nun verändertem Bedarf Abhilfe schaffen;

6. die deutsche Beteiligung an internationalen Friedensmissionen mit zivilen, militärischen und polizeilichen Personal fortzusetzen, die Anzahl des deutschen Personals zu erhöhen sowie
 - a) Gelder und Know-how für eine flexible Anpassung an die veränderten Bedingungen vor Ort zur Verfügung zu stellen;
 - b) dabei insbesondere den Anteil des weiblichen deutschen Personals im internationalen Einsatz deutlich zu erhöhen;
 - c) die Reform der VN-Friedenssicherung zu unterstützen und sich für eine langfristig gesicherte und erhöhte Finanzierung einzusetzen;
 - d) sich in den VN dagegen auszusprechen, wenn VN-Missionen aufgrund von finanziellen Erwägungen verkleinert werden sollen;
7. Maßnahmen im Bereich der Traumabewältigung und psychosozialen Unterstützung im Sinne einer gemeindepsychiatrischen Versorgung und einer Integration in die allgemeine Gesundheitsversorgung auszubauen;
8. besonders in den derzeitigen friedensmediativen Projekten und Maßnahmen für eine möglichst reibungslose Fortsetzung zu sorgen, übergangsweise beispielsweise mit digitalen Hilfsmitteln;
9. die langfristigen Folgen der Pandemie auf die Friedensmaßnahmen schnell zu erkennen und abzuwenden, insbesondere durch einen gezielten Einsatz der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten sowie bei Bedarf eine kurzfristige Aufstockung der Kapazitäten in der Krisenfrüherkennung und -analyse vorzunehmen;
10. Regierungen, die repressive Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung eingeführt haben, dazu aufzufordern, diese so bald wie möglich wieder zu lockern, das Fehlverhalten zu dokumentieren und Sanktionen für staatliche Repression infolge der Pandemie zu erwägen;
11. die Gefahr von Pandemien als Krisenverstärker in eine zukünftige Weiterentwicklung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 aufzunehmen;
12. sich auch auf EU-Ebene für eine gemeinsame konflikt- und klimasensible Linie bei der Bewältigung der Pandemie sowie für eine Verstärkung der Zusammenarbeit einzusetzen und die adäquate Finanzierung von Friedensarbeit und ziviler Krisenprävention im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 zu gewährleisten, welche durch die COVID-19-Pandemie noch notwendiger geworden ist;
13. Maßnahmen der Pandemiebewältigung im In- und Ausland konfliktensibel zu gestalten und auf den Do-No-Harm-Ansatz zu prüfen und
 - a) sich dafür einzusetzen, dass Maßnahmen der Pandemiebekämpfung nicht zu Lasten bestehender Friedensmaßnahmen gehen;
 - b) darüber hinaus im Rahmen der Krisenfrüherkennung pandemiebedingte neue oder wieder auflebende alte Konflikte zu identifizieren, um zeitnah Unterstützung für friedliche Lösungen beizusteuern;
 - c) systematisch nach Chancen Ausschau zu halten, wo angesichts eines gemeinsamen Feindes, der COVID-19-Pandemie, Widersprüche zwischen Konfliktparteien zurücktreten und sich neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnen, und diese dann gezielt zu unterstützen;
 - d) Maßnahmen der Pandemiebekämpfung so zu gestalten, dass sie nachhaltig zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und lokaler Resilienz beitragen;

- e) sozioökonomisch besonders vulnerable Staaten wie Mosambik, Simbabwe oder Liberia, deren Situation schon vor der Corona-Krise sehr prekär war, im Sinne einer Frühwarnung vor einer wahrscheinlichen Krise aufgrund der verschlechternden wirtschaftlichen Situation explizit in den Blick zu nehmen;
14. die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie klimasensibel und ressourcenschonend sowie kompatibel mit dem Pariser Klimaabkommen und den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 zu gestalten.

Berlin, den 30. Juni 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion